

Bundesblatt

80. Jahrgang.

Bern, den 13. Juni 1928.

Band II.

*Erscheint wöchentlich. Preis 20 Franken im Jahr, 10 Franken im Halbjahr, zuzüglich
Nachnahme- und Postbestellungsgebühr.*

*Einrückungsgebühr: 50 Rappen die Petitzelle oder deren Raum. — Inserate franko an
Stämpfli & Cie. in Bern.*

2323

Botschaft

des

Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend den Ankauf
eines Bauplatzes und die Erstellung eines Post-, Telegraphen-
und Telephongebäudes in Baden.

(Vom 11. Juni 1928.)

I.

Die Diensträume für Post, Telegraph und Telephon in Baden vermögen den Anforderungen nicht mehr zu genügen und müssen durch neue ersetzt werden. Wir beehren uns, Ihnen hierüber folgendes zu berichten.

Am 1. Januar 1874 wurde das damals vereinigte Post- und Telegraphenamts Baden im Hause Guggenheim an der Badstrasse eingemietet, wo es sich noch heute befindet. Nachdem sich im Jahre 1885 eine Telephonzentrale mit 19 Teilnehmern hinzugesell hatte, wurden Telegraph und Telephon im Jahre 1896 von der Post abgetrennt und im 1. Stock des gleichen Hauses eingerichtet, so dass die Post nunmehr einzig über die Erdgeschossräumlichkeiten verfügte. Trotzdem begannen schon zu jener Zeit die Bemängelungen der Lokalverhältnisse beim Postamt durch die Presse, durch Vereine und durch die Stadtbehörden. Beanstandet wurden namentlich die Unzulänglichkeit des Schalterraumes und die beschränkte Schalterzahl. Im Jahre 1904 kam dann eine Erweiterung der Postlokale zustande, indem das Erdgeschoss des anstossenden Hauses Diebold hinzugemietet und mit den bestehenden Diensträumen in direkte Verbindung gebracht werden konnte. Es war keine ideale Lösung; denn der Fussboden der neuen Räume liegt 32 cm höher als derjenige der alten, und die Trennungsmauer, die zum Teil stehen bleiben musste, hindert die Übersicht. Immerhin brachte diese Erweiterung eine fühlbare Verbesserung und konnte auf Jahre hinaus genügen. Die Kritik kam für einige Zeit zur Ruhe, um dann ums Jahr 1911 herum neuerdings einzusetzen und die Beschaffung neuer Lokale zu verlangen. Eine gewisse Unzulänglichkeit der Postdiensträume musste zugegeben werden. Die Verwaltungen erneuerten daher die auf 1. Mai 1914 zu Ende gehenden Mietverträge nur für 5 Jahre, d. h. bis 1. Mai 1919, in der Meinung, man werde bis zu diesem Zeitpunkt neue Lokale beschaffen können. Es zeigte sich aber bald, dass eine zweckmässige Lösung nur mit der Erstellung eines Neubaus zu erzielen sei. Dabei nahm man an, dass die Ausführung des Baues

durch private Unternehmer oder durch die Stadt erfolgen könne. Letztere lehnte dies jedoch ab, und der Kriegsausbruch brachte die Angelegenheit etwas ins Stocken. Im Jahre 1917 gingen alsdann die ersten Mietangebote für Neubauten ein. Diese Projekte hätten aber zu grosse Mietzinse erfordert, so dass nicht darauf eingetreten werden konnte, und zwar um so weniger, als sie in bezug auf Grösse den Anforderungen nicht entsprachen. Man suchte daher nach andern Lösungen. Um hierfür die nötige Zeit zu gewinnen, wurden die bestehenden Mietverträge nochmals um 5 Jahre, d. h. bis 1. Mai 1924 verlängert. Zugleich wurden an den Postlokalen gewisse Verbesserungen angebracht, um den bestehenden Mängeln nach Möglichkeit zu steuern.

Seit der letzten Erweiterung der Postlokale im Jahre 1904 ist auch eine erhebliche Verkehrszunahme zu verzeichnen, die das Bedürfnis nach zweckmässigen Diensträumen immer fühlbarer werden liess. Leider standen aber einer allseitig befriedigenden Lösung dieser Frage grosse Schwierigkeiten im Wege, so dass die Mietverträge im Jahre 1924 noch einmal um 6 Jahre, d. h. bis zum 30. April 1930 verlängert werden mussten. Heute sind nun die räumlichen Verhältnisse nicht nur in bezug auf die Post, sondern namentlich auch in bezug auf die Telephonzentrale so unzureichend geworden, dass die Beschaffung neuer Diensträume nicht mehr länger hinausgeschoben werden kann.

Nachstehende Zahlen geben ein Bild von der Verkehrsentwicklung seit 1904:

	Post.		
	1904	1913	1926
Gewöhnliche Briefpostgegenstände . . .	1,753,660	1,652,144	1,945,031
Eingeschriebene Briefpostgegenstände . .	46,106	86,418	131,060
Zeitungen	1,319,210	1,128,666	1,714,133
Pakete	211,088	287,321	338,846
Postanweisungen und Postchecks . . .	69,115	90,175	146,283
Wertzeichenverkauf Fr.	130,796	206,477	513,356

	Telegraph.		
	1904	1913	1926
Telegramme, abgehende und ankommende	26,590	50,593	43,233

	Telephon.		
	1904	1913	1926
Teilnehmer	317	449	919
Ortsgespräche	145,861	275,483	535,232
Ferngespräche	112,512	235,479	852,928
Durchgangsgespräche	—	—	152,463

Wie schon erwähnt, konnten die im Jahre 1917 eingegangenen Projekte für ein neues Postgebäude in Baden ihrer teilweisen Unzulänglichkeit und ihrer

hohen Kosten wegen nicht in Berücksichtigung gezogen werden. Auch das im Jahre 1919 von der Direktion der eidgenössischen Bauten für das sogenannte Hirschiareal ausgearbeitete Projekt, das einen Kostenaufwand von 1,372,000 Franken erfordert hätte, war zu kostspielig. Auch die eingehende Prüfung der Frage, ob durch Umbau und Erweiterung der gegenwärtigen Posthäuser eine billigere und doch zweckmässige Lösung zu erreichen wäre, führte zu einem negativen Ergebnis. In der Folge wurde dann für das vom Bund zu erstellende Postgebäude ein neues, reduziertes Projekt unter Beanspruchung des Hirschiareals ausgearbeitet, das eine annehmbare Lösung ergeben hätte. Aber auch dieses musste wieder verlassen werden, weil die früher oder später zu gewärtigende Unterführung der Bruggerstrasse in bezug auf den westseitigen Zugang zum neuen Gebäude grosse Schwierigkeiten voraussehen liess. Im Einvernehmen mit der Gemeindebehörde wurde für den Postneubau schliesslich der Platz am Bahnhof in Aussicht genommen, den wir Ihnen heute zum Ankauf empfehlen. Der Kaufpreis wird zwar den Betrag überschreiten, den man ursprünglich hierfür glaubte anlegen zu dürfen. Die vorzugliche Lage unmittelbar am Bahnhof — der Neubau wird teilweise auf das Bahnareal übergreifen — wird aber Einsparungen im Betriebe gestatten, so dass sich die Mehrausgabe rechtfertigen lässt. Der Bauplatz entspricht nicht nur den Anforderungen der Verwaltung, sondern auch denjenigen der Gemeinde und des Publikums. Die Stadt Baden hat denn auch beschlossen, an die Kosten des Postgebäudes einen Beitrag von zirka 10 %, im Maximum Fr. 90,000 zu leisten.

Der Bauplatz setzt sich zusammen:

- | | | |
|----|--|--------------------|
| a. | aus der Liegenschaft der Frau Witwe Heuer zum Chalet Berna, im Halte von | 608 m ² |
| | Bis jetzt konnte mit der Eigentümerin eine Einigung über den Kaufpreis nicht erzielt werden. Sollte eine Verständigung nicht zustande kommen, so müsste zur Expropriation geschritten werden, da diese Liegenschaft für die Ausführung des Bauprojektes notwendig ist. | |
| b. | aus der Liegenschaft der Frau Witwe Lehner, Parkstrasse Nr. 3, im Halte von | 665 m ² |
| | zum Preise von Fr. 115,000; | |
| 1. | aus einem Streifen Land der Schweizerischen Bundesbahnen im Halte von zirka | 220 m ² |
| | zum Preise von Fr. 11,000, wozu noch Fr. 17,700 für ein abzubrechendes Wärterhaus, die Verlegung eines Unterkunftslokals und die Versetzung von zwei Säulen des Bahnsteigdaches kommen, so dass sich die Gesamtkosten des Bauplatzes, ohne die Liegenschaft Heuer, auf Fr. 143,700, und mit Einschluss der Handänderungs- und Stipulationskosten auf rund Fr. 144,500 belaufen werden. | |

II.

Die projektierte Anlage besteht aus dem Hauptgebäude, dem Remisengebäude und dem überdachten Hofraum.

A. Hauptgebäude.

Kellergeschoss:

Heizungsanlage und Kohlenraum	150 m ²
Betriebsräume des Telephons	126 m ²
Arbeitsräume, Garderoberräume und weitere Kellerräume	290 m ²

Erdgeschoss:

Betriebsräume der Post, mit Schalter-, Schlossfächer-, Telegraphen- und Telephonräumen	464 m ²
--	--------------------

Erster Stock:

Betriebsräume des Telephonamtes	188 m ²
Verwaltungsräume des Telephonamtes und Aufenthaltsraum	168 m ²

Zweiter Stock:

Vermietbare Bureaux	322 m ²
-------------------------------	--------------------

Aus architektonischen Gründen ist der Aufbau eines zweiten Stockes eine Notwendigkeit. Auch wirtschaftlich empfiehlt er sich. Die Erstellungskosten sind verhältnismässig gering, weil Fundament und Dach dadurch keine Mehrkosten erleiden. Andererseits werden voraussichtlich Geschäftsräume in dieser Lage gut vermietet werden können. Endlich bildet der zweite Stock eine Raumreserve für das Telephonamt sowie für die Post.

B. Remisengebäude.

Kellergeschoss:

Es wird nur ein kleiner Teil des Remisengebäudes unterkellert. Hier sind untergebracht:

2 Wohnungskeller, die Waschküche und ein Tröckneraum, zusammen	52 m ²
--	-------------------

Erdgeschoss:

Paketlokal und Reserveraum der Post	131 m ²
Karren- und Veloremise	60 m ²
Linienmaterialmagazin, Werkstatt und Garage des Telephonamtes	191 m ²
Gedeckter Post- und Telephonhof mit Auffahrts- und Verladerrampen	265 m ²

Erster Stock:

Apparatenmagazin des Telephonamtes, Wohnung für den Hauswart und eine vermietbare Vierzimmerwohnung	106 m ²
Die überbaute Fläche misst.	1,050 m ²
Der Kubikinhalt des umbauten Raumes (der überdeckte Posthof ist nicht inbegriffen) beträgt	11,980 m ³

Die nähere Anlage der Räume ergibt sich aus den Bauplänen und dem detaillierten Kostenvoranschlag.

Die Baukosten belaufen sich auf:

a. Hausbaukosten	Fr. 659,697
b. Umgebungsarbeiten.	» 9,672
c. Einrichtungen	» 28,974

Zusammen Fr. 698,343

Aus dem Kostenanschlag ergibt sich nach Vornahme der üblichen Abzüge für die nicht eigentlich zum Bau gehörenden Einrichtungen ein Einheitspreis des umbauten Raumes von Fr. 55. 85 per m³.

Das Projekt ist von Herrn Professor Dr. Moser, Architekt in Zurich, aufgestellt worden. Es ist beabsichtigt, ihm auch die Bauleitung zu übertragen. Die Fassaden sind rein sachlich gehalten und tragen das Gepräge des modernen Verwaltungsgebäudes. Zum Zweck der bessern Isolation gegen Kälte und Feuchtigkeit erhalten sie eine Verkleidung aus Kunststeinplatten. Die Dachflächen, die eine schwache Neigung haben, werden mit Kupferblech eingedeckt. Diese Art der Eindeckung garantiert ein in jeder Beziehung tadelloses Dach und schliesst erhebliche, jährlich wiederkehrende Unterhaltskosten aus.

In Berücksichtigung der dargelegten Verhältnisse ersuchen wir Sie, dem nachstehenden Entwurf eines Bundesbeschlusses Ihre Genehmigung erteilen zu wollen.

Genehmigen Sie die Versicherung unserer besondern Hochachtung.

Bern, den 11. Juni 1928.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Schulthess.

Der Vizekanzler:

Leimgruber.

(Entwurf.)

Bundesbeschluss

betreffend

die Erstellung eines Post-, Telegraphen- und Telephongebäudes in Baden.

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates vom 11. Juni 1928,
beschliesst:

Art. 1.

Für die Erstellung eines Post-, Telegraphen- und Telephongebäudes in Baden wird ein Kredit von Fr. 843,000, wovon Fr. 144,500 auf den Ankauf des Bauplatzes und Fr. 698,500 auf die Ausführung des Baues fallen, unter der Bedingung bewilligt, dass die Gemeinde Baden an die Gesamtkosten einen Beitrag von 10 %, aber höchstens Fr. 90,000 leistet.

Art. 2.

Der Bundesrat wird ermächtigt, die zur Ergänzung des Bauplatzes erforderliche Liegenschaft der Witwe Heuer, zum Chalet Berna, im Halte von 608 m², zu erwerben, nötigenfalls auf dem Wege der Enteignung.

Art. 3.

Dieser Beschluss tritt als nicht allgemein verbindlicher Natur sofort in Kraft.

Art. 4.

Der Bundesrat ist mit dem Vollzug beauftragt.



**Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend den Ankauf eines
Bauplatzes und die Erstellung eines Post-, Telegraphen- und Telephongebäudes in Baden. (**
Vom 11. Juni 1928.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1928
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	24
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	2323
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.06.1928
Date	
Data	
Seite	137-142
Page	
Pagina	
Ref. No	10 030 380

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.